

Demokratie beginnt im Klassenzimmer: Mitbestimmung und Demokratiebildung in der Schule stärken

Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache: 8/6726 | Datum: 2026-03-06 | Fraktion(en): GRÜNE | GWÖ-Score:
9.0/10

[++] Empfehlung: Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag im Überblick

Der Antrag fordert systematische Stärkung von Demokratiebildung und Schülermitbestimmung in sächsisch-anhaltischen Schulen durch verbindliche Beteiligungsstrukturen, politische Bildung ab Klasse 5 und finanzielle Selbstständigkeit von Schülervertretungen.

- Verbindliche Mitgestaltung von Unterricht und Schulkultur
- Sozialkunde ab Klasse 5
- Klassenräte und Schülerparlamente ab Klasse 3
- Eigenbudgets für Schülervertretungen
- Drittel-Parität in der Schulkonferenz

GWÖ-Treue

Score: 9.0/10

Begründung: Der Antrag fördert systematisch alle fünf GWÖ-Werte: Menschenwürde durch partizipative Anerkennung von Kindern als Subjekte (D1); Solidarität durch gemeinsame Regelfindung und Verantwortung für die Gemeinschaft (D2); Ökologische Nachhaltigkeit indirekt über Bildung für nachhaltige Entwicklung (D3, E3); Soziale Gerechtigkeit durch inklusive Mitbestimmung unabhängig von Herkunft (D4); Transparenz & Mitbestimmung durch konkrete Strukturen wie Klassenräte, Schülerparlamente und Drittel-Parität (D5). Kein Feld weist einen negativen Wert auf; mehrere Felder erreichen +4 bis +5.

Schwerpunkte: D1, D5, D4

Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen					
B: Finanzen					

	1	2	3	4	5
C: Führung/Verwaltung					
D: Bürger:innen	++	++	++	++	++
E: Gesellschaft/Natur			++		

Legende: ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

Berührte Themenfelder

- **D1:** Anerkennung von Schüler*innen als politische Subjekte mit Mitbestimmungsrecht [++]
- **D2:** Klassenräte, Schülerparlamente und gemeinsame Schulkultur als Übungsräume für kollektive Verantwortung [++]
- **D3:** Demokratiebildung als Grundlage für zukunftsorientiertes, verantwortungsvolles Handeln (implizit in 'Demokratie lebt vom Mitmachen') [++]
- **D4:** Budgets für Schüler*innenparlamente ermöglichen selbstbestimmte Projekte unabhängig von sozialer Herkunft [++]
- **D5:** Verbindliche Einführung von Klassenräten, Schülerparlamenten, Drittel-Parität in der Schulkonferenz [++]
- **E3:** Demokratische Kompetenz als Voraussetzung für gesellschaftliche Transformation hin zu Nachhaltigkeit [++]

Programmtreue

CDU

Wahlprogramm: 5.0/10 — Teilweise Übereinstimmung: CDU fordert Schulautonomie und Stärkung der Schulsozialarbeit ([Q11], [Q14]), was Beteiligung begünstigt. Aber kein expliziter Bezug zu Klassenräten, Schülerparlamenten oder Drittel-Parität. CDU betont repräsentative Demokratie und lehnt direkte Partizipationselemente als Ergänzung ab ([Q17]).

Parteiprogramm: 4.0/10 — CDU Grundsatzprogramm betont repräsentative Demokratie und lehnt partizipative Elemente als Ersatz ab ([Q17]). Kein Bezug zu Schülermitbestimmung oder schulischer Demokratiebildung. Stattdessen Fokus auf Leistung, Wettbewerb und staatliche Ordnung ([Q19], [Q16]).

AfD

Wahlprogramm: 1.0/10 — Fundamental widersprüchlich: AfD lehnt 'Gender-Ideologie' und 'politische Indoktrination' ab, setzt auf Leistungsprinzip und traditionelle Autorität ([Q41] nicht vorhanden → keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.). Keine Unterstützung für Schülermitbestimmung oder Demokratiebildung als kritisches Empowerment.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

LINKE

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

SPD

Wahlprogramm: 9.0/10 — Vollständige Übereinstimmung: SPD fordert ausdrücklich den Ausbau der Mitspracherechte von Schüler*innen und Eltern, paritätische Gesamtkonferenz, Stärkung der politischen Bildung und Schulsozialarbeit ([Q21], [Q22]). Der Antrag spiegelt Kernforderungen des SPD-Wahlprogramms wider.

Parteiprogramm: 8.0/10 — Hamburger Programm betont Demokratie als zentrales Ziel ('Demokratie ist nicht Endzustand, sondern andauernde Aufgabe'), Bildung als Schlüssel zur Teilhabe ([Q26], [Q30]) und die Notwendigkeit, Abhängigkeit der Bildungschancen von der Herkunft aufzubrechen ([Q29]).

GRÜNE (Antragsteller)

Wahlprogramm: 10.0/10 — Der Antrag entspricht wörtlich und strukturell dem Grünen Wahlprogramm Sachsen-Anhalt 2021: Förderung von Demokratiepädagogik, Anti-Mobbing-Projekten, dezentralen Schulstrukturen, Diversität und Partizipation ([Q2], [Q3], [Q5]). Die Forderung nach Klassenräten und Schülerparlamenten ist dort explizit verankert.

Parteiprogramm: 9.0/10 — Grünes Grundsatzprogramm 2020 definiert Demokratie als 'angewiesen auf Demokrat*innen', betont 'lebendige Demokratie' und 'Bürger*innenbeteiligung' ([Q6], [Q7]) sowie die Notwendigkeit, Jugendliche einzubeziehen, weil 'die Jugend ist politisch' ([Q7]). Der Antrag ist eine konsequente Umsetzung dieser Leitideen.

FDP

Wahlprogramm: 6.0/10 — Teilweise übereinstimmend: FDP fordert Partizipation(sprojekte) und politische Bildung gegen Extremismus ([Q33]), unterstützt Makerspaces als Lernräume ([Q34]). Aber FDP betont individuelle Freiheit und Eigenverantwortung vor kollektiver Mitbestimmung ([Q36], [Q38]); kein Bezug zu verbindlichen Gremien oder Budgets für Schüler*innen.

Parteiprogramm: 5.0/10 — FDP Grundsatzprogramm sieht Demokratie als 'Selbstregierung freier Bürger' ([Q39]), betont 'offenen Diskurs' und 'selbstorganisiertes Engagement' ([Q39]), aber lehnt verbindliche, institutionelle Mitbestimmung zugunsten freiwilliger Formate ab. Kein Bezug zu Parität oder Budgets.

Verbesserungsvorschläge

Original:

Sozialkunde an allen weiterführenden Schulen bereits ab der 5. Klasse verbindlich zu unterrichten

Vorschlag:

Sozialkunde an allen weiterführenden Schulen **ab der 5. Klasse verbindlich zu unterrichten - mit Schwerpunkt auf lokaler Demokratie, Kinderrechten und ökologischer Verantwortung**

Stärkt expliziten Bezug zu GWÖ-Werten 'Ökologische Nachhaltigkeit' (D3/E3) und 'Menschenwürde' (D1) durch Kinderrechte, erhöht Relevanz für Alltagsdemokratie

Original:

an allen Schulformen ab der dritten Klasse die Einführung und Verstetigung zusätzlicher Beteiligungsgremien wie Klassenräte und Schüler*innenparlamente zu ermöglichen und zu fördern

Vorschlag:

an allen Schulformen ab der dritten Klasse die Einführung und Verstetigung zusätzlicher Beteiligungsgremien wie Klassenräte und Schüler*innenparlamente zu ermöglichen und zu fördern, **unter besonderer Berücksichtigung von Inklusion, Sprachförderung und geschlechtergerechter Partizipation**

Stärkt GWÖ-Felder D1 (Menschenwürde), D2 (Solidarität) und D4 (Soziale Gerechtigkeit) durch explizite Zugangsbedingungen für benachteiligte Gruppen

Original:

die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Drittel-Parität in der Schulkonferenz einzuführen

Vorschlag:

die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Drittel-Parität in der Schulkonferenz einzuführen ****und gleichzeitig die Mitwirkungsrechte von Schüler*innen in allen schulischen Gremien rechtlich zu stärken****

Erhöht Rechtsverbindlichkeit und Absicherung der GWÖ-Werte 'Transparenz & Mitbestimmung' (D5) und 'Menschenwürde' (D1) durch klare Rechtsgrundlage

Zusammenfassung

Stärken

- Konkrete, umsetzbare Maßnahmen (Klassenräte, Budgets, Parität)
- Starke Verankerung in allen fünf GWÖ-Werten
- Hohe Übereinstimmung mit Grünen und SPD-Wahlprogrammen
- Fokus auf frühe Demokratieerfahrung ab Klasse 3

Schwächen

- Keine explizite Verknüpfung mit ökologischer Bildung
- Keine Berücksichtigung von digitaler Partizipation oder Barrierefreiheit
- Keine klare Finanzierungs- und Evaluationsperspektive

Original-Antrag

Drucksache 8/6726

Demokratie beginnt im Klassenzimmer: Mitbestimmung und Demokratiebildung.

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.



Antrag

—

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Demokratie beginnt im Klassenzimmer: Mitbestimmung und Demokratiebildung in der Schule stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Schule ist der zentrale Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Hier entsteht das erste Verständnis davon, wie Konflikte fair gelöst, Regeln gemeinsam gesetzt und Verantwortung übernommen werden. Damit Schüler*innen ein demokratisches Bewusstsein entwickeln und Selbstwirksamkeit erfahren können, muss Demokratie im Schulalltag konkret erlebbar sein.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. Schüler*innen die aktive Mitgestaltung von Unterrichtsinhalten, Lernwegen und Projekten sowie der Schulkultur zu ermöglichen und Schulen dabei zu unterstützen, die in den Rahmenlehrplänen vorhandenen Spielräume konsequent zu nutzen. Dafür sind den Schulleitungen, Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, pädagogischen Mitarbeiter*innen und Unterrichtshilfen entsprechende Fortbildungen, Handreichungen und Werkzeugkataloge vorzuhalten, damit diese Beteiligungsformate aktiv und erfolgreich in Schule umsetzen können;
2. Sozialkunde an allen weiterführenden Schulen bereits ab der 5. Klasse verbindlich zu unterrichten und dafür Studentafeln sowie Rahmenlehrpläne entsprechend anzupassen. Die Umsetzung ist durch ausreichende Lehrkräftekapazitäten sowie passende Ausbildungs- und Fortbildungsangebote abzusichern;

3. an allen Schulformen ab der dritten Klasse die Einführung und Verstetigung zusätzlicher Beteiligungsgremien wie Klassenräte und Schüler*innenparlamente zu ermöglichen und zu fördern. Hierfür sind Mindeststandards, Handreichungen sowie Unterstützungsangebote den Schulen zur Verfügung zu stellen;
4. Schüler*innenparlamente, Klassenräte und Schülervertretungen mit eigenen Budgets auszustatten, über welche diese verfügen können, um Projekte an den Schulen selbstständig durchführen zu können;
5. die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Drittel-Parität in der Schulkonferenz einzuführen.

Begründung

Schüler*innen entwickeln demokratische Kompetenzen vor allem dort, wo sie Mitbestimmung im Alltag erleben: in der Klasse, im Unterricht, in Projekten und in der Schulkultur. Denn Beteiligung macht Demokratie greifbar. Sie stärkt Selbstwirksamkeit, Verantwortungsbewusstsein und die Fähigkeit, unterschiedliche Interessen fair auszuhandeln. Diese Erfahrungen prägen, wie junge Menschen sich in die Gesellschaft einbringen.

Das möglichst frühzeitige Vermitteln von Wissen über Institutionen, Wahlen und Zuständigkeiten bildet dafür eine wichtige Grundlage. Demokratie braucht zugleich Übungsräume für Haltung und Handeln: zuhören, argumentieren, Mehrheiten finden, Kompromisse schließen, Regeln gemeinsam entwickeln und Entscheidungen gemeinsam tragen. Genau diese Fähigkeiten wachsen in verlässlichen Beteiligungsstrukturen.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Wer früh Beteiligung erlebt, entwickelt Verantwortung für die Gemeinschaft und die Bereitschaft, sich in Verein, Kommune, Ehrenamt oder politischen Prozessen zu engagieren. Damit leistet Schule einen zentralen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitz